

"Solange wir von einem Notstand sprechen, haben wir nicht verstanden was passiert".

Bericht von der Konferenz 'Vom Notstand zur Integration' in Catania (Sizilien)

Aus Palermo von Niels Hölmer
borderline-europe

Am 14. November 2014 fand im Kloster der Benediktiner (Universität Catania) die Konferenz "Accoglienza e condivisione: dall'emergenza all'integrazione" statt. Die Veranstaltung war vom italienischen Informationsbüro des europäischen Parlaments ausgerichtet worden und sollte der Diskussion zentraler Fragen der europäischen und speziell der italienischen



Aufnahme- und Integrationspolitik von Geflüchteten und MigrantInnen dienen. Eingeladen waren zentrale Akteure und VertreterInnen der gegenwärtigen Migrations- und Asylpolitik auf italienischer Ebene sowie mehrere Abgeordnete des europäischen Parlamentes. Die Konferenz stand im Zeichen des "Flüchtlingsnotstandes" (emergenza) in Italien, der von 2011 bis 2013 offiziell ausgerufen worden war. Informell, so könnte man meinen, hält dieser 'Notstand' aber bis heute an. So jedenfalls suggerieren es immer wieder italienische Medien und verschiedene PolitikerInnen. Auch die Beiträge der Teilnehmenden drehten sich vor allem um die Frage, inwiefern dauerhaft überhaupt von einem "Notstand" die Rede sein könne.

"Wir retten, das ist unser Job"

Am Beispiel des Falls "Cap Anamur" kritisierte der italienische Journalist der Tageszeitung "La Repubblica", Francesco Viviano, gleich zu Beginn das anhaltende zwischenstaatliche Kompetenzgerangel in asylpolitischen Fragen und lenkte den Blick auch ganz konkret auf die Lage an den europäischen Außengrenzen. Hier habe sich die Situation seit 2004 nicht zuletzt aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen eher verschlechtert als verbessert. Im Bezug auf die gegenwärtigen Maßnahmen zur Rettung von MigrantInnen auf Hoher See verwies Viviano vor allem auf die fehlenden, eindeutigen Vorgaben von Seiten des italienischen Innenministeriums.

Einen zentralen Punkt der Debatte spielte somit auch die italienische Marinemission 'Mare Nostrum', die fragwürdigerweise der Bekämpfung von Schlepperei aber auch der aktiven Rettung von Flüchtlingsbooten auf dem Mittelmeer dienen sollte und Ende dieses Jahres endgültig ausläuft. Admiral Vettorino, Operationschef der italienischen Küstenwache, betonte die tragende Rolle seiner Behörde in der humanitären Bewältigung der steigenden Zahl von lebengefährlichen Überfahrten über das Mittelmeer. So seien die Schiffe der Küstenwache schon seit langem auch im libyschen Seenotrettungsgebiet aktiv, vermehrt würde man außerdem auch Transportschiffe zu akuten Einsätzen beordern. Das neue Grenzschutzprogramm 'Triton' der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX bezeichnete er hingegen als "Rückschritt": "Wir müssen als Küstenwache jetzt besonders ran". So werde man auch neben einer FRONTEX-Operation weiterhin der internationalen Pflicht zur Rettung von Menschenleben nachkommen.

Ein Vertreter der italienischen Marine erläuterte erneut die zweigleisige Funktion von 'Mare Nostrum' und lobte die zivilen Fähigkeiten, welche die Marine im Rahmen der Mission bewiesen hätte. Obwohl die Marine eigentlich für die Grenzkontrolle verantwortlich sei, stelle man die Rettung von Menschenleben in keinsten Weise außer Frage. 'Mare Nostrum' bezeichnete er als

"Verstärkung eines Engagements, welches ohnehin bereits vorhanden gewesen sei". Die Diskussion um Seenotrettungsmaßnahmen legte aber auch die nach wie vor bestehenden Streitigkeiten um Befugnisse zwischen der Küstenwache, der Guardia di Finanza und der Marina Militare offen. Viviano kritisierte, es hätte auch mit dem offiziell angekündigten Ende von Mare Nostrum bisher keinerlei konkrete Anweisungen vom Innenministerium an die Marine gegeben und die verstärkte Einbeziehung von Transport- und Handelsschiffen, wie es momentan geschieht, sei ohnehin keine institutionelle Lösung des Problems. Diesem politischen Dilemma wusste der Admiral der Küstenwache auch nur die Worte "Wir retten, das ist unser Job", entgegenzusetzen.

Während die konkrete Zukunft der italienischen Seenotrettung also auch mit dem Start der FRONTEX-Mission 'Triton' in den Sternen steht, mühen sich die beteiligten Akteure weiterhin um eine möglichst positive Selbstdarstellung. Das bewiesen nicht zuletzt auch die präsentierten, in aufwändiger Manier gestalteten Promovideos von Rettungsaktionen, welche an Pathos kaum zu übertreffen gewesen wären.

"Wir sind restlos überfordert"

Die Rolle der Kommunen repräsentierte der Bürgermeister von Catania, Enzo Bianco, mit mahnenden Worten zum aktuellen Umgang mit den steigenden Flüchtlingszahlen. So seien die Kommunen momentan nicht annähernd in der Lage alleine mit den vielen Ankünften fertig zu werden. Eine klare Aufforderung richtete er auch an die europäische Politik, welche seiner Ansicht nach nicht ausreichend ihrer Verantwortung nachkäme: "Wir fordern eine Politik der Migration und die kann nur auf europäischer Ebene gelöst werden". Den Einsatz von FRONTEX bezeichnete er hingegen als unzureichende, "bürokratische Lösung, irgendwo weit weg in Warschau". Auch die Beiträge verschiedener Abgeordneter des europäischen Parlaments forderten in unterschiedlicher Intension eine europäische Lösung. Die Bewältigung der weiter steigenden Meeresüberfahrten von Nordafrika nach Italien, dürfe nicht alleine dem südeuropäischen Staat überlassen werden.

Besonders die Europabgeordnete der 5-Sterne-Bewegung, Laura Ferrara, verwies aber auch auf die institutionellen Hürden auf dem Weg zu effizienteren Maßnahmen. Die Behauptung des italienischen Innenministers Angelino Alfano, die FRONTEX-Mission 'Triton' würde 'Mare Nostrum' ersetzen, sei absurd. Die bisher vom italienischen Staat und der EU angebotenen Lösungen bestünden vielmehr im "Kampf gegen illegale Migranten und Schleuser". Die Menschen würden jedoch erst dadurch "illegal" werden, dass sie keine legale Aufenthaltsgenehmigung bekämen. Mit einem Appell richtete sich Ferrara auch an die europäische Politik: "Das Problem ist auch unser Umgang mit Geflüchteten. Entweder stimmen die Ziele nicht oder die Maßnahmen stimmen nicht mit den Zielen überein." Nicht zuletzt trage so auch die inhumane Dublin-Regelung keinesfalls zu einer Lösung des Dilemmas bei.

Eine auffällig breite Zustimmung von fast allen Seiten erhielt hingegen der mit 'Mare Nostrum' offiziell intensivierete "Kampf gegen die illegale Schleuserei". Der Kriminologe Andrea di Nicola ging in seinem Beitrag sogar noch einen Schritt weiter indem er ein obskures Bild eines "internationalen Reiseunternehmens" zeichnete, in dem sich der Reiseleiter im Jahr das momentane FRONTEX-Budget in Tasche stecke. Gleichzeitig forderte er eine effiziente Intervention gegen die internationale Schlepperei.

Vom 'Notstand' zur Integration?

Die Abgeordnete der 'Partito Democratico', Michela Giuffrida, mahnte anschließend zu einem bewussteren Umgang mit den gegenwärtigen Entwicklungen. Die Zunahme der Migration nach Europa sei keinesfalls eine Überraschung, sondern aufgrund der globalen Entwicklungen absehbar. Der sogenannte "Migrantenfluss" resultiere hingegen aus der fehlenden Vorbereitung durch die EU und die Mitgliedsstaaten, die eher auf Abschottung als auf Aufnahme setzten. Die dauerhafte Inszenierung eines Ausnahmezustandes, würde den Blick auf die Realität versperren "Italien darf

nicht alleine gelassen werden, aber das hier ist keiner 'emergenza' (Notstand), es fehlt nur das nötige Engagement".

Dieser Position schloss sich auch Elena Santiemma, Vertreterin von Amnesty International, an und betonte die Bedeutung der zunehmenden Immigration als "langfristige Herausforderung". Europäische Gelder müssten sinnvoller investiert werden und nicht in einer Abschottungspolitik versinken. Alessandra Romano, Rechtsbeauftragte des UNHCR, forderte so auch ein "klares und effizientes Aufnahmesystem" auf gemeinsamer europäischer Basis. Unterstützt werden müssten außerdem andere Aufnahmelande, wie Libanon oder die Türkei, die bereits jetzt eine vielfach größere Zahl an Geflüchteten aufgenommen haben als alle europäischen Länder zusammen. Romano unterstrich aber auch "wir müssen uns endlich bewusst machen, dass dieser Zustrom an Geflüchteten nicht abnehmen wird". Andrea de Bonis, Beauftragter für Schutzmaßnahmen beim UNHCR, verwies in diesem Zusammenhang besonders auf die problematische Aufnahmesituation in Italien. Der Staat habe bis jetzt grundlegende Standards nicht ausreichend umgesetzt und sich auf keine langfristige Planung festgelegt. Als Alternative forderte de Bonis eine umfassende Planung und Strukturierung des Aufnahmesystems, sowie ein unabhängiges Monitoring in den Aufnahmeeinrichtungen. Zudem müsse geklärt werden, was mit anerkannten Asylsuchenden dauerhaft geschieht, denn nach einem halbjährigen "Integrationsangebot", würden diese in Italien "einfach aus dem System fliegen", sprich sie erhalten keine weitere staatliche Unterstützung, sondern werden als "integriert" betrachtet. De Bonis empfahl in diesem Zusammenhang langfristig vor allem die Überwindung der gesellschaftlich isolierten Massenunterbringung von Geflüchteten.

Eine Lobrede auf die das italienische Modell der Zweitaufnahme und Integration, das sogenannte SPRAR¹-System, hielt hingegen die Direktorin der SPRAR-Verwaltung, Daniele Di Capua. Die direkt vom Innenministerium finanzierten Einrichtungen, werden von einem zentralen Büro organisiert und sehen neben der Unterbringung von Geflüchteten auch ein gesellschaftliches Integrationsangebot vor. "Dank der emergenza", so Di Capua, hätten sich die angebotenen SPAR-Plätze von 3000 vor 2013 auf fast 21.000 im Jahr 2014 erhöht. Zumindest auf dem Papier bestünde der Direktorin zufolge ein umfassendes Konzept zur anfänglichen Betreuung, dass sich aber auch an der Autonomie der Aufgenommen orientiere.

Zum Ende der Konferenz lenkte die Europaabgeordnete und ehemalige italienische Integrationsministerin Kashetu Kyenge in einer eindringlichen Ansprache den Blick auch auf die Konsequenzen des gesellschaftlichen Rassismus in Europa und in Italien. Anhand des aktuellen Beispiels "Tor Sapienza"² in Rom beklagte Kyenge das fehlende Bewusstsein für Migration und Immigration und forderte eine "soziale Architektur", in der Geflüchtete unter einem "sozialen Dach" unterkommen würden. Der gesellschaftliche Rassismus sei nicht zuletzt auch eine Folge der "Politik der Angst", welche auch von PolitikerInnen und Intellektuellen getragen werde. Der Beitrag Kyenges sorgte so auch für bewegte Reaktionen aus dem Publikum. Moussa Mbaye, Geflüchteter aus dem Senegal und mittlerweile Kleinunternehmer in Italien zeigte sich sichtlich betroffen: "im Senegal wurde mir von klein auf beigebracht die Institutionen und politischen Autoritäten zu respektieren. Ich dachte nie, dass Europa ein Eldorado wäre. Aber ein Kontinent auf dem die Menschenrechte geachtet und jedem Mensch der gleiche Respekt entgegengebracht wird. Ich muss sagen, ich habe mich geirrt."

1 Sistema di protezione per richiedenti asilo e rifugiati (Schutzsystem für Asylsuchende und Geflüchtete)

2 Im römischen Bezirk Tor Sapienza hatten Anfang November 2014 AnwohnerInnen und rechte Gruppen gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete protestiert und das Gebäude schließlich gewaltsam angegriffen. Die "BewohnerInnen" wurden schließlich mit Bussen vorübergehend in andere Einrichtungen verlegt.